

Carte blanche : Flexibilität statt weitere Regulierungen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Curaviva : Fachzeitschrift**

Band (Jahr): **91 (2020)**

Heft 11: **Integrierte Versorgung : wie die Zusammenarbeit gelingt**

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Flexibilität statt weitere Regulierungen

Unser Pflegesystem muss sich immer neuen Bedingungen anpassen. Der Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative muss dies berücksichtigen.

Von Christian Streit

Zwei Themen machen mir das Jahr 2020 unvergesslich: die Coronakrise und die Pflegeinitiative. Sie hinterlassen beide mindestens drei wichtige Erkenntnisse, die für die Zukunft der Schweiz dringend zu beachten sind.

Was wäre geschehen, wenn unsere Nachbarländer nach dem Ausbruch der Coronakrise nicht nur Schutzmaterial zurückbehalten hätten, sondern auch Pflegefachleute? In grossen Teilen der Schweiz hätten Pflegebetriebe schliessen müssen. Unsere Gesundheitsversorgung ist stark abhängig von ausländischen Mitarbeitenden. Zu stark! Quoten von durchschnittlich über 30 Prozent und an gewissen Orten gar über 50 Prozent sind gefährlich. Genau hier bietet das Kernstück des Gegenvorschlags zur Pflegeinitiative eine Lösung: die «Ausbildungsoffensive». Nur mit einer Verpflichtung der Kantone und maximal möglicher Mitfinanzierung des Bundes gelingt es, den Mangel an Pflegefachpersonal einzudämmen.

Es fehlt an Schweizer Personal, gleichzeitig aber auch an Zeit für gute Pflege. Pflegeheime und Spitex sind stark durchgetaktet. Beim Arbeiten in Schutzkleidung reichen die vorgesehenen Minuten erst recht nicht. Schon gar nicht für an Demenz erkrankte Menschen und solche in Palliativ-Situationen. Um den besonderen Situationen besser gerecht zu werden, gehört in den Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative, dass komplexe Erkrankungen und die

Palliativpflege beim Pflegeaufwand besser berücksichtigt werden müssen. Im Überfluss vorhanden sind hingegen staatliche Regulierungen. Und sie drohen durch die Krise weiter ausgebaut zu werden. Dabei zeigt eine solche doch klar auf: Wir wissen nicht, welche Herausforderungen morgen auf das Gesundheitswesen zukommen. Deshalb müssen wir flexibel auf neue Umstände reagieren können. Je mehr Regelungen und Vorgaben existieren, desto weniger schnell und kreativ ist dies möglich. Betriebe müssen Freiraum haben und nicht immer noch mehr durch Gesetze und «Qualitätsvorgaben» in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt werden. Würde – wie mit der Pflegeinitiative gefordert – eine nationale GAV-Pflicht eingeführt, drohte gerade auch für Krisensituationen ein Mangel an nötiger Flexibilität zum Einsatz des dringend benötigten Personals.

Wir müssen die Lehren aus der Krise ziehen – und haben jetzt die Möglichkeit dazu!



Christian Streit
ist Geschäftsführer
von Senesuisse
und Rechtsberater
von Curaviva
Schweiz

Alter

Sterbefasten: hohe Dunkelziffer

Über 40 Prozent der Schweizer Hausärztinnen und -ärzte haben Erfahrungen mit Sterbefasten gemacht. Das zeigt eine Studie der ZHAW. Die Mehrheit der befragten Ärztinnen und Ärzte steht dieser Form des selbstbestimmten Sterbens zwar positiv gegenüber, rund die Hälfte bezeichnete den Prozess aber auch als «stressig». Sterbefasten ist in der Schweiz ein von der Öffentlichkeit noch wenig beachtetes Phänomen. Gesundheitsfachpersonen werden damit allerdings immer wieder konfrontiert. Trotzdem habe die Studie ein Resultat ergeben, das man so nicht erwartet habe, schreiben die Forscher. Eine mögliche Erklärung für den hohen Durchschnitt an Sterbefastenfällen sehen sie in der Vertrauenswürdigkeit der Hausärztinnen und -ärzte. «Sie sind für ihre Patientinnen und Patienten wichtige Vertrauenspersonen. Deshalb teilen ihnen Menschen die Absicht zum Sterbefasten mit.»

Kinder & Jugendliche

Körperliche und psychische Gewalt

Jedes zwanzigste Kind in der Schweiz wird zu Hause regelmässig körperlich bestraft. Gar jedes vierte Kind erfährt regelmässig psychische Gewalt. Das teilt die Präventionskampagne «Starke Ideen – Es gibt immer eine Alternative zur Gewalt» mit, die von der Universität Freiburg wissenschaftlich begleitet wird. Die Studie zum Bestrafungsverhalten von Eltern in der Schweiz wurde 2019 zum dritten Mal durchgeführt. Es seien nach wie vor öfter die jüngeren Kinder von Körperstrafen betroffen als die älteren Kinder. Trotz den insgesamt geringeren Werten manifestiere sich eine stabile Gruppe von Eltern, bei denen

>>